

Protokoll der Sitzung der Gedenktafelkommission Friedrichshain-Kreuzberg vom 5. November 2013, 16 bis 18 Uhr

Anwesende:

Jana Borkamp	Vorsitzende
Dr. Hans-Rainer Sandvoß	Gedenkstätte Deutscher Widerstand
Martin Schönfeld	Büro für Kunst im öffentlichen Raum
Kristine Jaath	BVV-Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
Wolfgang Lenk	BVV-Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
Lothar Jösting-Schüßler	BVV-Fraktion Die Linke
Marie-Luise Körner	BVV-Fraktion der SPD, Bürgerdeputierte
Jessica Zinn	BVV-Fraktion der Piratenpartei
Dr. Dietlinde Peters	Friedrichshain-Kreuzberg Museum
Detlef Krenz	Friedrichshain-Kreuzberg Museum
Prof. Dr. Karsten Laudien	Gast zu TOP 4, Evangelische Hochschule Berlin
Daniela Wenzl	Gast zu TOP 5, Bürgerin
Sascha Rudat	Gast zu TOP 6, Ärztekammer Berlin
Helga Lieser	Gast zu TOP 6, F217
Christiana Hoppe	Volontärin Friedrichshain-Kreuzberg Museum, Protokoll

Entschuldigt: Timur Husein, Martin Düspohl

TOP 1 – BESTÄTIGUNG DER TAGESORDNUNG

Aufgrund der zahlreichen Gäste wurde der Vorschlag angenommen, die TOPs 4,5 und 6 vorzuziehen.

TOP 4 – GEDENKTAFEL FÜR DAS DDR-AUFNAHME- UND DURCHGANGSHEIM ALT-STRALAU (DS/0585/IV)

Herr Prof. Laudien, der seit drei Jahren die Geschichte der DDR-Kinderheime, Spezial- und Durchgangsheime erforscht, stellte klar, dass über das Aufnahme- und Durchgangsheim Alt-Stralau relativ wenig bekannt ist. Schätzungen zufolge gab es in der DDR zwischen 400.000 und 800.000 Heimkinder. Außer in der Gedenkstätte „Geschlossener Jugendwerkhof Torgau“ gibt es in den neuen Bundesländern jedoch keine Erinnerungszeichen. Seit Juli 2012 ist für Betroffene ein Fonds für Folgeschäden mit einem Volumen von 40 Millionen Euro von Bund und ostdeutschen Ländern errichtet worden, der jedoch bald ausgeschöpft sein wird.

Es wurde die Frage nach dem Alleinstellungsmerkmal des Heims in Alt-Stralau gestellt. Herr Krenz verdeutlichte, dass es in Berlin keine Jugendwerkhöfe gab und dem Heim in Alt-Stralau deshalb eine andere Funktion zufiel als den sonstigen Durchgangsheimen in der DDR. Es gab keine klare Trennung der Insassen, die z.T. von der Polizei und z.T. von der Jugendhilfe eingeliefert wurden. Jedes Mädchen ab 7 Jahren musste sich einer gynäkologischen Untersuchung unterziehen. Die Kinder und Jugendlichen lebten unter haftähnlichen Bedingungen, bekamen fast keine Schulausbildung und wurden zur Arbeit in Fleisch- und Süßwarenfabriken verpflichtet. Bei der Verlegung der Lippenstiftproduktion des VEB Kosmetik-Kombinats in den 1980er Jahren nach Alt-Stralau, plante die Werksleitung von vorn herein die Heiminsassen für die Produktion mit ein.

Frau Peters verdeutlichte, dass Kinder und Jugendliche auch in westdeutschen Heimen Gewalt erfahren haben, wünschte die Fokussierung auf die Institutionengeschichte und stellte die Frage nach dem Menschenbild, an dem die Pädagogik im Durchgangsheim orientiert war. Mit dem Erinnerungszeichen sollte nicht die Möglichkeit zur Diskreditierung der DDR geschaffen werden.

Herr Krenz stellte klar, dass die staatlichen Stellen in den Heimen in der DDR einen größeren Einfluss hatten und es in westdeutschen Heimen keine Bespitzelung gab.

Frau Jaath meinte, dass der Antrag trotz der in den letzten Jahren in Deutschland intensiv geführten Diskussion zu früh käme und wünschte sich weitere Recherchen über die Heimerziehung in beiden Teilen Deutschlands. Hilfreich könnte hier das im Juli 2013 gegründete Deutsche Institut für Heimerziehungsforschung sein, das sich der Zusammenführung der Aufarbeitung der Heimgeschichte in Ost und West widmet. Herr Laudien berichtete allerdings, dass die Archive zu diesem Thema weitgehend abgegrast sind und Recherchen kaum noch neue Informationen zutage brächten. Es stelle sich jetzt eher die Frage der Bewertung.

Die Bezeichnung „Gedenktafel“ wurde in diesem Zusammenhang in Frage gestellt und auf die Informationstafeln zu den ehemaligen Arbeitshäusern an der Rummelsburger Bucht verwiesen, bei denen auch Bilder und Dokumente eingearbeitet sind. Herr Schönfeld könnte sich etwas ähnliches für das Durchgangsheim vorstellen, da so eine differenziertere und ausführlichere Darstellung als auf einer Gedenktafel möglich ist. Außerdem sollte das Heim kontextualisiert werden, d.h. wie viele und welche ähnlichen Heime gab es sonst in (Ganz-) Berlin.

Es wurde als ungewöhnlich empfunden, den Text für die Gedenktafel bereits in der DS vorzugeben, dieser soll nur als Anstoß gewertet werden.

Frau Jaath schlug vor, im Frühjahr 2014 eine kleine Fachtagung zu veranstalten, bei der eruiert werden soll, wie mit diesem Antrag umzugehen sei. Durch Referate von Experten und das Zeigen von Filmen (z.B. Beitrag aus Kennzeichen D „Bambule“) soll das Wissen zum Thema vertiefend zusammengetragen werden. Vorgeschaltet sein soll eine Arbeitsgruppe, die den Rahmen der Fragestellung absteckt. Das Erinnerungszeichen könnte anlässlich des 25. Jahrestags des Mauerfalls im November 2014 eingeweiht werden.

Dem KuBi-Ausschuss wird deshalb empfohlen, den Antrag zunächst zurückzustellen.

TOP 5 – GEDENKTAFEL FÜR ZWANGSARBEITER DER FIRMA KNORR-BREMSE

Frau Wenzl stellte die Geschichte der Firma Knorr-Bremse, deren Stammhaus sich in der Neuen Bahnhofstraße befindet, vor. Sie erzielte im Zweiten Weltkrieg enorme Profite durch die Rüstungsproduktion. An mehreren Standorten in Friedrichshain, Lichtenberg und Hohenschönhausen schufteten dafür tausende Zwangsarbeiter/innen aus Osteuropa, Frankreich und den Niederlanden. In den letzten Kriegstagen wurden viele von ihnen von Volkssturm und SS auf dem Betriebsgelände ermordet. Die Firma Knorr-Bremse hat in den Entschädigungsfonds für Zwangsarbeiter/innen eingezahlt.

Im Rahmen der Ausstellung „Zwangsarbeit in Friedrichshain und Kreuzberg 1938-1945“ des Bezirksmuseums im Jahr 2002 wurde vor dem Gebäude temporär eine Hinweistafel aufgestellt, 2006 wurde dort eine „wilde Gedenktafel“ von der Antifa errichtet. Frau Wenzl schlug vor, eine Gedenktafel am Eingang zum 2. Hof des Gebäudes, unter dem sich eines der Zwangsarbeiterlager befand, anzubringen.

Herr Sandvoß widersprach der Darstellung in der Friedrichshainer Chronik, der Betrieb sei ein Zentrum des antifaschistischen Widerstands in Berlin gewesen. Die Mitglieder der Kommission sprachen sich dafür aus, vor Ort dauerhaft an die Zwangsarbeiter/innen zu erinnern, auch weil dieses Beispiel zeigt, wie integriert Zwangsarbeit in Wohnbereichen war. Frau Lieser, die für die Gestaltung der Zwangsarbeits-Ausstellung 2002 verantwortlich war, schlug vor, falls es inhaltlich vertretbar ist, die alte Tafel von damals wieder aufzuhängen oder die alte Tafel neu zu bedrucken.

Eine Abbildung der alten Hinweistafel soll den Mitgliedern zugehen.

TOP 6 – TEXTABSTIMMUNG ERINNERUNGSZEICHEN FÜR OSKAR MESSTER

Der Textentwurf für das Erinnerungszeichen für den Filmpionier Oskar Messter und sein gläsernes Atelier lag den Mitgliedern der Gedenktafelkommission vor.

Herr Rudat erklärte, dass die Ärztekammer Messter aufgrund seiner Kriegsberichterstattung im Ersten Weltkrieg und seiner Haltung zum Naziregime sehr kritisch gesehen und sich an das Filmmuseum Potsdam und an Volker Schlöndorff gewandt hat, um eine filmhistorische Stellungnahme einzuholen. Diese würdigten seine Verdienste um den Film. Auch das

Jüdische Museum Berlin wurde um eine Stellungnahme gebeten, wollte sich jedoch nicht zu ihm äußern. Der Vorsitzende des Vereins der jüdischen Ärzte Berlin hatte im Textentwurf von Frau Dr. Peters noch einige Ergänzungen vorgenommen.

Frau Jaath schlug vor, den Begriff „Ufa“ auszuschreiben. Die Mitglieder der Gedenktafelkommission stimmten dem Textentwurf zu. Das Problem der Person Oskar Messter wird gut auf den Punkt gebracht und die filmhistorische Bedeutung des Ortes hervorgehoben.

TOP 2 – PROTOKOLLBESTÄTIGUNG

Das Protokoll der Sitzung vom 14. August 2013 wurde mit den Änderungen von Herrn Schönfeld angenommen.

TOP 3 - BERICHTE

Es wurde von der Übergabe der Gedenktafel für Rio Reiser (DS/0173/IV) und dem Tag des offenen Denkmals am Spanienkämpferdenkmal berichtet, außerdem von der geplanten Gedenkveranstaltung anlässlich des Jahrestags der Novemberpogrome in der Synagoge Fraenkelufer (DS/0029/IV). Die Benennung der Edith-Kiss-Straße (DS/0523/IV) wird am 13. Februar 2014 um 17 Uhr erfolgen.

Der in der letzten Sitzung der Gedenktafelkommission eingebrachte Vorschlag von Herrn Burchard, an die Beteiligung der Berliner Arbeitsämter am verbrecherischen studentischen Osteinsatz zu erinnern, wurde als Antrag (DS/0818/IV) in die BVV eingebracht und ist beschlossen worden.

Die Umbenennung der nach Franz Mehring benannten Plätze und Straße soll nicht weiter verfolgt werden. Schon eine frühere Forderung des Quartiersmanagements am Mehringplatz nach einer Um- bzw. Rückbenennung zwecks Aufwertung der Gegend in „Belle-Alliance-Platz“ oder „Königin-Victoria-Platz“ ist bei allen Fraktionen (außer der CDU) auf Ablehnung gestoßen. Es soll eine VzK an die BVV geben.

Der Papierhistoriker Klaus B. Bartels war 2012 mit dem Antrag an die Gedenktafelkommission herangetreten, für die erste deutsche Papierfabrik in der Mühlenstraße eine Informationstafel zu errichten. Dazu sollte die Stellungnahme des Deutschen Technikmuseums Berlin eingeholt werden. Dieses hob die besondere Bedeutung dieser Fabrik hervor, die es auch in seiner Ausstellung vorstellt, und begrüßte die Aufstellung einer solchen Tafel, da die Berliner Industriekultur zu selten gewürdigt werde. Es wurde vorgeschlagen, diesen Antrag im Vorfeld des 200. Jahrestages der Gründung der Papierfabrik 1818 noch einmal zu behandeln.

2011 wurde von der BVV beschlossen, dass im Zusammenhang mit der Planung und Entwicklung des Geländes um die ehemalige Blumengroßmarkthalle in geeigneter Weise, z.B. durch eine Informationstafel, an die dort von K.F. Schinkel errichtete Sternwarte zu erinnern sei (DS/2161/III). Bisher soll es dort laut Auskunft des Hochbauamtes nur eine Stele geben, die an den Punkt erinnert, von dem die Höhenvermessung Deutschlands ausgegangen ist.

Die Mitglieder der Gedenktafelkommission waren einhellig der Meinung, dass an diesen Ort der Wissenschafts- und Kulturgeschichte mit einer Informationstafel erinnert werden muss. Dafür sollen Kooperationspartner, z.B. das Deutsche Technikmuseum Berlin, gefunden werden und man sollte sich auch mit dem dort ansässigen Jüdischen Museum Berlin ins Benehmen setzen. Das Projekt soll im Jahr 2014 realisiert werden.

TOP 7 – ZUKUNFT DER GELBEN BANK AN DER FONTANEPROMENADE

Den Mitgliedern der Gedenktafelkommission lag das Schreiben von Staatssekretär André Schmitz vor, in dem er den Wunsch äußerte, die gelbe Bank in der Fontanepromenade als dauerhaft sichtbares Zeichen zu bewahren. Die Mitglieder der Kommission sprachen sich erneut dagegen aus. Sie waren einhellig der Meinung, dass die „Judenbank“ nur im Rahmen des Themenjahrs 2013 - Zerstörte Vielfalt Sinn macht, später fehlt dieser Kontext und die Intervention erschließt sich dem Betrachter nicht mehr. Sie könnte sich außerdem irgendwann abschleifen und dann wie eine im NS errichtete Parkbank wirken. Ferner wurde betont, dass keine finanziellen Mittel vorgesehen sind, diese Bank dauerhaft instand zu halten.

Die Mitglieder schlugen vor, diese Intervention in 5 oder 10 Jahren noch einmal zu wiederholen.

TOP 8 – VERSCHIEDENES

Herr Sebastian Blume von der Bürgerinitiative East-Side-Gallery hatte den Vorschlag eingebracht, die Mühlenstraße in Friedrichshain in „Am Todesstreifen“ umzubenennen. Der Vorschlag wurde als künstlerische Aktion gewertet, die die absurde bauliche Entwicklung vor Ort konterkarieren soll. Die Mitglieder der Gedenktafelkommission entschieden sich einstimmig dafür, diesen Umbenennungsvorschlag nicht weiter zu verfolgen.

Nächste Sitzung: Dienstag, 4. Februar 2014 um 16 Uhr